

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis monatlich 2,- RM. Alle Postämter, Postkassen, Buchhandlungen, Verlagsanstalten, Druckereien, Buchbindereien, Buch- und Papierhandlungen, sowie alle Buch- und Papierhändler sind verpflichtet, das "Wilsdruffer Tageblatt" zu verkaufen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Wilsdruff-Dresden, Sonnabend, den 11. Juni 1932.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 135 — 91. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 11. Juni 1932.

## Probleme und Nöte.

Reich und Länder — Die Preußenfrage — Ausblick auf Lausanne.

Seiber Gottes ist es nicht so, daß bei dem Ausrücksel im Reich zugleich mit den alten Ministern etwa auch die finanz- und wirtschaftspolitischen Nöte in Deutschland beseitigt werden könnten; vielmehr steht auch die neue Regierung vor denselben Problemen und Nöten finanzieller, sozialer und wirtschaftspolitischer Art wie das frühere Kabinett. Hinzu kommt noch eine andere Frage, die in den letzten Jahren viel zu sehr in den Hintergrund gedrängt worden ist, nämlich die der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern. Bekanntlich bestehen seit langem enge Beziehungen zwischen den Männern der neuen Regierung und bestimmten politischen Kreisen, die, wie Dr. Luther, Dr. Geyer u. a., sich mit dem Problem der Reichsreform besonders eifrig beschäftigt haben. Aber nicht bloß eine staatsrechtliche Seite hat dieses Problem der Reichsreform, sondern eine zweite, heute noch viel wichtigere Seite: die finanzielle. Finanziell ist außerlich auch der Konflikt zu verstehen, der sich zwischen Preußen und dem Reich herausgebildet hat und der nun von Preußen her auch auf finanziellen Wege bereinigt werden soll. Um die Finanzen handelt es sich letzten Endes ebenfalls bei den Maßnahmen, die von der Reichsregierung vorgesehen sind und durch Notverordnung durchgeführt werden; denn die Finanzen der Kommunen befinden sich in einem so trostlosen Zustand, daß vom Reich etwas getan werden muß.

Der neuen Reichsregierung geht es eben nicht anders wie der alten; diese stand und jene steht vor der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit immer neue Löcher in die Reichs- und Länderfinanzen reißt. Seit Jahren ist in der Frage des Finanzausgleiches ebensowenig geschritten wie in der Frage der Reichsreform. Der neue Reichsinnenminister v. Gahl hat in seiner Rede vor dem Reichstag zwar ausdrücklich erklärt, daß die Reichsregierung die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht anerkennen werde, aber trotzdem haben die Länderregierungen Bayerns, Württembergs und Badens den ausfallenden Schritt getan, vor dem Reichspräsidenten selbst gegen angelegte Reichsreformpläne des Kabinetts v. Papen protestieren zu lassen. Dabei hat der Reichsinnenminister mit stärkerer Betonung die Eigenart der deutschen Länder als etwas „Heiliges“ hingestellt, das des Verständnisses und der liebevollen Pflege bedürftig; der kulturelle Hochstand unseres Volkes verdanke sein Dasein nicht der Befruchtung von einer Zentrale aus, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern. Im übrigen hat der Reichsinnenminister es abgelehnt, auf dem Gebiet der Reichsreform eine Stellungnahme der Reichsregierung zum Ausdruck zu bringen, — weil nämlich heute dringendere Aufgaben vorliegen, deren Lösung die Stunde gebieterisch fordert.

Daß zu diesen dringenderen Aufgaben innenpolitischer Art in allererster Linie die Lösung der „Preußenfrage“ gehört, hat der Reichsinnenminister selbst in den Vordergrund gestellt. Allerdings fragt es sich, ob diese Lösung wirklich mit der wünschenswerten Beschleunigung erfolgen wird, die die Reichsregierung für notwendig hält. Letzten Endes handelt es sich dabei, rein äußerlich gesehen, darum, daß in Preußen die Nationalsozialisten und das Zentrum an den Verhandlungstisch herangebracht werden müssen. Man kann vielleicht sagen, daß auf beiden Seiten eine gewisse Bereitschaft für solche Verhandlungen vorliegen mag, daß aber beide Parteien sich auch wieder ungern in einer Zeit binden wollen, die im Zeichen des Wahlkampfes steht. Im Reich jedenfalls hat, wie der Reichsparteivorstand jetzt beschlossen hat, das Zentrum die feste Absicht, ohne jede Bindung nach rechts hinüber und in schärfster Opposition zum Kabinett von Papen in den Wahlkampf zu ziehen. Diese Opposition gegen das Kabinett wird nach außen hin zum stärksten Ausdruck gebracht, indem das Zentrum mit betonter Absicht den früheren Reichskanzler als den Heerführer im Wahlkampf bezeichnet. Anderthalb Monate allerdings wird es dauern, ehe in Deutschland die innenpolitische Klärung herbeigeführt wird, die in der Regierungserklärung des Kabinetts von Papen gefordert worden ist.

Natürlich sind gerade jetzt die außen- bzw. reparationspolitischen Fragen noch weit dringender als die innenpolitischen. Es scheint fast, als wolle der Reichskanzler darauf hinarbeiten, daß in Lausanne möglichst schnelle Arbeit gemacht, zum mindesten eine möglichst schnelle Entscheidung herbeigeführt wird. Daß für Deutschland die Aussichten in Lausanne keineswegs gut sind, ist eine Tatsache, mit der man sich in den letzten Tagen besonders darum hat vertraut machen müssen, weil in Paris eine Vorkonferenz für Lausanne stattfindet. In Richtung auf Amerika ist alles klar und unzweifelhaft; Stimson, der Staatssekretär des Außenbüros in Washington, hat noch einmal wiederholt, was man sowohl im „Weissen Hause“ wie im Repräsentantenhaus hundertmal gehört hat: Die Vereinigten Staaten wollen der Reparations-

## Preussischer Landtag am 15. Juni.

### Um Aufhebung der preussischen Notverordnung.

Der Ältestenrat des Preussischen Landtages hat in seiner Sitzung am Freitagnachmittag beschlossen, die nächste Sitzung des Landtages am Mittwoch, dem 15. Juni, abzuhalten. Auf die Tagesordnung werden gesetzt: die Anträge auf Aufhebung der preussischen Notverordnung und der nationalsozialistische Munizialgesetzentwurf. Ein deutschnationaler Antrag, auch die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und des Zentrums abgelehnt. Der Landtag wird zunächst nur am 15. und 16. Juni tagen.

### Kerrl gegen Hirtfleier.

Der Streit um den Kanzlerbrief. In den Meinungsstreit, der zwischen der geschäftsführenden preussischen Staatsregierung und dem Reichskanzler wegen des Briefes, den Herr v. Papen an den preussischen Landtagspräsidenten Kerrl zwecks vorzeitiger Einberufung des Preussischen Landtages gerichtet hat, entbrannt ist, hat nunmehr auch Präsident Kerrl eingegriffen. Der Präsident des Preussischen Landtages hat an den geschäftsführenden preussischen Staatsminister Dr. Hirtfleier ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß die Beschwerde der preussischen Staatsregierung gegen das an ihn gerichtete Schreiben des Reichskanzlers nach seiner Auffassung weder staatsrechtlich noch verfassungsmäßig irgendwie gerechtfertigt sei. Präsident Kerrl vertritt den Standpunkt, daß die Frage der Neubildung der Regierung ein „Akt der Legislative“ sei, deren einziger Vertreter er zur Zeit sei. Er habe dem Reichskanzler von dieser Auffassung Mitteilung gegeben und ihn gebeten, mit ihm weiter zu verhandeln, da er jede Vermittlung durch die geschäftsführende Regierung um so mehr ablehne, als gerade die Parteien, die die Mitglieder der geschäftsführenden Regierung stellen, die Beschleunigung der Regierungsneubildung durch die Befestigung der Geschäftsordnungsänderung verhindert haben. Diese Änderung der Geschäftsordnung ist, wie in Erinnerung gebracht sei, durch die Mehrheitsparteien des alten Landtages dahingehend vorgenommen worden, daß der Ministerpräsident nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden kann, während vorher die Bestimmung bestand, daß, wenn der erste Wahlgang ergebnislos verlaufen sollte, der Ministerpräsident wird, der im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Schließlich bittet Präsident Kerrl in seinem Schreiben den geschäftsführenden preussischen Staatsminister Dr. Hirtfleier, ihm den Aufenthalt von Dr. Braun mitzuteilen, da er, der Landtagspräsident, als der einzige legitimierte Vertreter des Dreierausschusses beabsichtige, diesen einzuberufen. Präsident Kerrl bemängelt es, daß Dr. Braun es nicht für nötig gehalten habe, ihm eine Nachricht über seine Abwesenheit zu geben, obwohl nach den Gepflogenheiten und der Geschäftsordnung des Landtages jeden Urlaub eines Abgeordneten bis zu einer Woche der Landtagspräsident und darüber hinaus der Landtag zu erteilen habe.

Konferenz in Lausanne nicht vortreten, wollen nicht von sich aus einen Kompromißvorschlag machen, und lehnen es ab, daß nun die Gläubiger der deutschen Tribute sich an Amerika dafür schuldig halten wollen, wenn Deutschland seine Zahlungsunfähigkeit erklärt. Selbst wenn England — und dahinter muß man noch ein großes Fragezeichen machen — in Lausanne also eine grundsätzliche Streichung der Reparationen verlangen sollte, so wäre kaum damit zu rechnen, daß Amerika Ja und Amen dazu sagen würde. Sehr viel schärfer bekämpft man aber in Washington die französische Auffassung, daß, abgesehen von einem etwaigen Moratorium, die interalliierten Schulden bzw. der entsprechende Teil der deutschen Tribute gestrichen werden, dem deutschen Volke aber eine gewisse Summe als tatsächliche „Reparation“, also als „Wiederherstellung“ der zerstörten Gebiete aufgezahlt werden solle. Amerika lehnt es rundweg ab, die Frage der deutschen Tribute mit den interalliierten Schulden zusammenzusetzen. Stimson selbst hat offiziell erklärt, daß Amerika „mit den Reparationen nichts zu tun habe und die Lösung dieser Frage den beteiligten Mächten überlassen müsse, die jetzt in Lausanne hoffentlich zu einer Einigung gelangen würden“. Wir werden in Deutschland guttun, uns nicht allzusehr einer solchen Hoffnung hinzugeben. Dr. Br.

Der Dreierausschuss, dessen Einberufung Präsident Kerrl ankündigt, setzt sich aus dem Präsidenten des Landtages, dem Präsidenten des Staatsrats und dem Ministerpräsidenten zusammen. Ihm ist in der Verfassung die Befugnis übertragen, das Parlament vor Abschluß der Legislaturperiode aufzulösen.

Präsident Kerrl gab noch bekannt, daß er dem Reichskanzler sein Schreiben an den stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht habe und daß er ihn gleichzeitig davon unterrichtet, daß er ihn über die weiteren Schritte zur Bildung der neuen preussischen Regierung gleichfalls informieren wolle.

### Erregte Aussprache im Ältestenrat.

In der Sitzung des Ältestenrates des Preussischen Landtages war vor dem Beschluß, die nächste Landtagsitzung am 15. Juni abzuhalten, vom Zentrum und von den Sozialdemokraten der Wunsch geäußert worden, in der Woche vor der Hestwahl nicht zu tagen. Als dann die aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten bestehende Mehrheit des Ältestenrates trotzdem den bekannten Beschluß faßte, bezeichnete der stellvertretende Fraktionsführer des Zentrums, Abgeordneter Steger, es als einen Bruch aller früheren Herkommen, daß man auf die Wünsche zweier großer Fraktionen, die Tage vor der Wahl frei zu haben, keine Rücksicht genommen hätte. Auch der Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Landtagspräsidenten sei ein Bruch früher sorgfältig beobachteter Formen. Gegenüber Bayern würde der Reichskanzler wahrscheinlich anders verfahren sein.

Abgeordneter Leiner (Soz.) wies den Präsidenten darauf hin, daß ein Beschluß des Landtages bestünde, wonach seine Stelle des Landtages das Recht habe, in direkten Verkehr mit der Reichsregierung zu treten; aller Verkehr zwischen Preußen und dem Reich habe nach diesem Beschluß über die preussische Regierung zu gehen.

Präsident Kerrl schloß die Ältestensitzung mit der Bemerkung, daß er auch nach der Aussprache an dem von ihm eingenommenen Standpunkt in allen Punkten festhalten müsse. Der Ältestenrat wird sich bei Beginn des kurzen Tagungsabschnittes vom 15. und 16. Juni noch mehr darüber schlüssig werden, ob die Wahl des Ministerpräsidenten am 22. Juni auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

### Finanzminister Klepper und die Notverordnung.

Der preussische Finanzminister Klepper erklärte im Rundfunk die neue Notverordnung; dann kam er auch auf die nächste Landtagsitzung zu sprechen. Er führte etwa aus:

In der Öffentlichkeit sind Zweifel dahin geäußert worden, ob nicht die Mehrheit des neu gewählten Preussischen Landtages etwa die Notverordnung aufheben und damit das Sanierungswort gefährden werde. Sollte die neue Mehrheit des Landtages die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung annehmen, so würde dies ohne praktische Bedeutung bleiben; denn da die Notverordnung auf Grund einer Ermächtigung des Reichspräsidenten erlassen ist, kann der Preussische Landtag sie weder aufheben noch abändern.

Die antragstellenden Parteien kennen die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes genau so gut wie die Staatsregierung. Die an diese Anträge im Parlament sich anschließenden Vorgänge werden also lediglich einen politisch-demonstrativen Charakter tragen.

Der Minister schloß mit der Erklärung, daß auch diejenigen, die jetzt die neue Notverordnung bekämpfen, in absehbarer Zeit, wenn sie die verantwortliche Staatsführung übernehmen, nicht eine einzige der finanziellen Maßnahmen, die die Staatsregierung jetzt getroffen habe, würden aufheben können, zumal jeder Versuch einer neuen Inflation an der festen Haltung der Reichsbank scheitern würde.

### Die Notverordnungen des Reiches.

Das Reichskabinett hat die Beratungen über die neuen Notverordnungen, die am Dienstag veröffentlicht werden sollen, abgeschlossen. Die eine Notverordnung bringt den Etat mit weiteren Abstrichen für eine Reihe von Ministerien, außerdem die finanziellen Mittel für die Arbeitslosenhilfe, wobei mit Befragungen zu rechnen ist, die im wesentlichen auf die gleichen Summen hinauslaufen, die das Kabinett Brüning für notwendig hielt. Die zweite Notverordnung bringt die Aufhebung des SA- und des Uniformverbots. Der Reichspräsident hat bereits die Unterzeichnungen der Notverordnungen zugesichert.